



Merz in Stuttgart: unter Merkels Augen.

Karikatur: Heiko Sakurai

Leitartikel
Stefan Kegel

zum Friedensrat der USA



Trumps Uno

Dinge, die Donald Trump anfasst, werden in Europa selten goutiert. Das hat seine Gründe. Dennoch dürfte sich bei neutralen Beobachtern der Eindruck festsetzen, dass er Dinge wenigstens anpackt. Das jahrzehntelange Wehklagen hierzulande darüber, dass die Vereinten Nationen reformbedürftig seien, hat jedenfalls nicht dazu geführt, dass sie handlungsfähiger geworden wären. Wenn Donald Trump mit seinem „Friedensrat“ genannten Gremium nun also eine Art Gegen-Uno auf die Beine stellt – wenn auch bislang mit überschaubarer Erfolgschance –, dann ist das immerhin ein neuer Ansatz. Sind die mehr als 20 Mitgliedstaaten die Keimzelle für Trumps neue Weltordnung?

Es gibt ohne Zweifel viele Umstände, die an Donald Trumps Friedensrat fragwürdig sind. Er selbst, als Privatperson, ist auf Lebenszeit der Chef des Gremiums, hat ein Vetorecht in allen Fragen und bestimmt, welche Probleme angegangen werden. Mitglieder können dem Rat dauerhaft angehören – doch nur, wenn sie bereit sind, eine Milliarde Dollar auf den Tisch zu legen. Man muss sich das vorstellen wie eine Firma, in die sich Investoren einkaufen. Mit einem Chef, der über alles bestimmt. So, wie der Geschäftsmann Donald Trump es halt kennt. Aber ohne einen lästigen Aufsichtsrat, der ihm auf die Finger klopfen könnte. Und ohne demokratische Kontrolle.

Der Kreis der Eingeladenen ist begrenzt. Rund 60 der 193 Nationen in den Vereinten Nationen hat das Weiße Haus angefragt. Mehr als zwei Drittel der Länder weltweit sind für Trump also irrelevant für die Lösung großer internationaler Krisen, die der Rat gemäß seiner Satzung anzugehen verspricht. Seine Aufgaben umreißt er darin als deutlich größer als den Wiederaufbau des Gazastreifens, für den

er zunächst gegründet wurde. Trotz all der Einwände wäre es verfrüht, den Friedensrat lediglich als verrückte Idee zur eigenen Bereicherung Trumps abzutun. Für eine Welt, die sich gerade im Umbruch befindet, kann jede Bündelung von Macht eines Tages einen Ausschlag geben. Und sei es nur, indem man damit andere Bündnisse untergräbt. So wird in Brüssel bereits mit Unbehagen beobachtet, dass die EU-Mitglieder Ungarn und Bulgarien dem Rat beigetreten

„Für Kräfte, die auf den Ausgleich von Interessen in der Welt gepolt sind, könnten düstere Zeiten kommen.“

sind, und dass etwa Italien und Rumänien als Beobachter dabei sind.

Allerdings geht die Abscheu in der Europäischen Union nicht so weit, dass sie bei der ersten Aufgabe des Friedensrates fehlen würde – der Umsetzung von Trumps 20-Punkte-Friedensplan für den Gazastreifen.

Welche weiteren Regionen sich der Friedensrat vornehmen wird, steht bislang nicht fest. Und auch nicht, ob es konkurrierende Einsätze von Uno und Friedensrat in denselben Ländern geben wird – und ob sie sich in die Quere kommen.

Wird dieser Rat also künftig die Geschicke wichtiger Weltregionen mitbestimmen? Ausgeschlossen ist das nicht. Für Kräfte, die auf den Ausgleich von Interessen in der Welt gepolt sind, könnten jedenfalls düstere Zeiten anbrechen. Denn was immer der Rat sonst noch ist – im Grunde dient er der Durchsetzung amerikanischer Interessen.

leitartikel@swp.de



Kommentar
André Bochow

zu den Deutschland-Monitor-Ergebnissen

Ein Mutmacher

Die Deutschen sind nach wie vor in die Demokratie verliebt. Zumindest ziehen sie diese Staatsform anderen vor. Zu fast 100 Prozent. Gleichzeitig liebäugelt ein Fünftel der Befragten – im Osten geringfügig mehr als im Westen – mit einer Diktatur. Und das ist nicht der einzige Widerspruch im Deutschland-Monitor 2025. So stellt sich heraus, dass die Zustimmung der Ostdeutschen zur Demokratie gewachsen ist, während das Vertrauen in die demokratischen Institutionen in den Keller rauschte.

Dass Menschen, die schlechte Erfahrungen mit Veränderungen gemacht haben, nicht sonderlich scharf auf Reformen sind, kann man sich auch ohne wissenschaftliche Befragung denken. Aber wie passt es zusammen, dass so viele Fans der Demokratie – in Ost und West – die AfD wählen? Klare Antwort: Auch die Wähler der Rechtsalternati-

ven lehnen die Demokratie keineswegs ab.

Und das ist vielleicht der eigentliche Mutmacher des Monitors, auch wenn diese Erkenntnis dort nicht explizit festgehalten ist. Anders ausgedrückt: Mit AfD-Wählern kann und sollte man reden, auch wenn man die von ihnen bevorzugte Partei mit Recht verachtet.

Und was die festgestellte angebliche Veränderungswilligkeit der Deutschen betrifft, darf man getrost den Ball flach halten. Die Hälfte der Bevölkerung sagt achselzuckend „vielleicht ein bisschen“ und ein Viertel sagt „Nein“. Vor allem aber ist nach wie vor die Praxis das Kriterium der Wahrheit. Vor Jahren waren fast alle für Klimaschutz. Als es konkret wurde, gab es für die Politik Watschen. Fragen Sie die Grünen. Reformbegeisterung nimmt bei persönlicher Betroffenheit rapide ab. Daran ändern auch Befragungen nichts.

98 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind für die Demokratie

Deutschland-Monitor Die grundsätzliche Zufriedenheit mit der Regierungsform ist hoch. Doch ihre Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren wird mehrheitlich negativ eingeschätzt.

Berlin. Wenn es um Veränderungsbereitschaft und Demokratie geht, sind die Ost-West-Unterschiede in der Bundesrepublik gering und die Bevölkerung begrüßt in großer Mehrheit die Demokratie. Das geht aus dem Deutschland-Monitor 2025 hervor. Erhebliche Abweichungen gibt es nur bei den strukturschwachen Kreisen im Osten.

Den Monitor gibt es praktisch doppelt. Einerseits wurde eine landesweite Befragung durchgeführt, andererseits wurden strukturstarke und strukturschwache Regionen in West- und Ostdeutschland untersucht. Die den Monitor erstellenden Institute haben sechs Veränderungs-Themen untersucht – Migration, Klimawandel, Digitalisierung, Verteidigung, Wirtschaft und demografischen Wandel.

Ein Blick auf die Ergebnisse: Ein Viertel der Befragten lehnt

weitere Veränderungen ab, ein weiteres Viertel ist dafür und alle anderen sind eher abwartend. Reinhard Pollack vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim zieht daraus den Schluss, „dass die Deutschen nicht veränderungsmüde sind“. Lediglich in den strukturschwachen Teilen Ostdeutschlands ist man etwas mehr „bewahrungsorientiert“. Auch die Erfahrungen mit der „Transformation“, also mit der Zeit nach dem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft, spielen eine Rolle. Aber letztlich, so der Soziologe, sind die Unterschiede zu den anderen Bevölkerungsgruppen „nicht sehr stark“.

Beim Blick auf die Demokratiezufriedenheit finden sich dann doch Überraschungen. „Es gibt nach wie vor eine sehr hohe Zustimmung von 98 Prozent“, sagt

Everhard Holtmann vom Zentrum für Sozialforschung in Halle/Saale. Diese allgemeine Aussage wird relativiert, wenn man auf das Funktionieren der demokratischen Institutionen blickt. Hier beträgt die allgemeine Zustimmung nur 62 Prozent, Tendenz fallend. In Ostdeutschland beträgt dieser Wert 51 Prozent, ist aber deutlich höher als 2023. Da lag er bei 43 Prozent. Woher dieser Anstieg kommt, können die Forscher nicht erklären.

„Alarmierendes Signal“

Fast drei Viertel der Befragten sehen in den zurückliegenden zehn Jahren eine negative Demokratieentwicklung, ein Fünftel ist offen für autoritäre Ideen. Wobei nur ein sehr kleiner Teil eine Diktatur befürworten würde. Die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Elisabeth Kaiser (SPD), macht sich ernsthaft Sorgen über „die geringe Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie“. Sie erklärt das auch „mit dem Gefühl“, es gehe oft sozial ungerecht zu.

„Wenn nur 60 Prozent mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind, während gleichzeitig jeder Fünfte autoritären Ideen zuneigt, ist das ein alarmierendes Signal“, findet der Bundeschef der Grünen, Felix Banaszak. Es brauche „einen Staat, der als handlungsfähig und verlässlich wahrgenommen wird. Kürzungsdebatten und ein Verunglimpfen des Sozialstaats helfen da nicht weiter.“

André Bochow

Kommentar



Das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie ist gesunken. Manche sorgen sich deshalb und gehen auf die Straße.
Foto: Daniel Bockwoldt/dpa

„Das wird Stimmen kosten“

AFD Die Forscherin Heike Klüver hat untersucht, welche Strategie im Umgang mit den Rechtspopulisten in Deutschland funktioniert.

Berlin. Was schadet eigentlich der AfD? Die Politikwissenschaftlerin Heike Klüver von der HU Berlin hat sich dieser Frage in einer noch unveröffentlichten Studie mit 24.000 Befragten gewidmet. Ihre Antwort zeigt: Die Vetternwirtschaft-Affäre der AfD wird die Rechten wohl Zustimmung kosten.

Sie argumentieren, dass faktenbasierte Angriffe auf die demokratische Glaubwürdigkeit von Rechtspopulisten als einzige Strategie eine spürbare Wirkung zeigen. Der Logik folgend, sollte die aktuelle Vetternwirtschaft-Affäre der AfD ernsthaft schaden. Woran liegt das?

Heike Klüver: Rechtspopulistische und -extreme Parteien arbeiten sehr stark mit der Erzählung: Wir sind die wahren Vertreter des Volkes. Genau hier setzt die Strategie an. Wenn man dieser Erzählung mit Fakten belegbare Widersprüche entgegensetzt, kann das bis zu zwei Prozentpunkte Zustimmung kosten. Bemerkenswerterweise ist der Effekt besonders stark bei Anhängern der Rechtspopulisten.

Was war so ein faktenbasierter Widerspruch?

Die AfD behauptet zum Beispiel, sie sei die bessere Vertreterin für Frauenrechte. Als wir den Befragten aufgezeigt haben, dass keine Fraktion im Bundestag so einen geringen Frauenanteil hat wie die AfD, hat sie das Zustimmung gekostet. Die Vetternwirtschaftsaffäre konnten wir natürlich noch nicht untersuchen, aber sie passt hervorragend in das Muster. Die AfD wirft den „Altparteien“ vor, nicht im Sinne der eigenen Wähler zu handeln, korrupt zu sein. Angesichts der jüngsten Enthüllungen wird diese Erzählung vermutlich nicht mehr so stark verfangen und die AfD Stimmen kosten.

In den USA interessieren sich seine Anhänger für keinen der belegbaren Korruptionsskandale von Donald Trump. In Frankreich hat das millionenschwere In-die-eigene-Tasche-Wirtschaften Marine Le Pen offenbar nichts an Zustimmung gekostet. Warum sollte das in Deutschland anders laufen?

Wir haben in unserer Studie ausschließlich Wähler in Deutschland untersucht. Um diese Frage evidenzbasiert beantworten zu können, bräuchte es vergleichbare Studien in den USA und Frankreich. Was wir aber zeigen: Wenn Wähler mit konkreten Informationen konfrontiert werden, die den demokratischen Anspruch rechtspopulistischer Parteien infrage stellen, kann das ihre Unterstützung messbar senken. Entscheidend ist also, Widersprüche zwischen Anspruch und tatsächlichem Verhalten sichtbar zu machen.

Elitenkritik ist nicht neu. Warum funktioniert dieser Populismus von rechts mittlerweile so viel besser als früher?

In den 1990er Jahren gab es ja auch schon einen gewissen Rechtsruck in Deutschland, zum Beispiel in Form der Wahlerfolge von Republikanern, DVU und NPD. Die AfD profitiert allerdings heute insbesondere vom ungefilterten Zugang zu Wählern durch Social Media.

Dominik Guggemos

STICHWORT UN-BERICHT

Das UN-Menschenrechtsbüro in Genf sieht Anzeichen für ethnische Säuberungen in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten. „Verstärkte Angriffe, die systematische Zerstörung ganzer Stadtteile und die Verweigerung humanitärer Hilfe zielt offenbar auf eine dauerhafte demografische Veränderung im Gazastreifen ab“, heißt es in dem Bericht. „Zusammen mit den Zwangsumsiedlungen, die offenbar auf eine dauerhafte Vertreibung abzielen, gibt dies Anlass zu Besorgnis über ethnische Säuberungen im Gazastreifen und im Westjordanland.“ Im Zeitraum 1. November 2024 bis 31. Oktober 2025 seien zu dem mindestens 463 Menschen im Gazastreifen verhungert, darunter 157 Kinder.

Um eine Stellungnahme zu dem Bericht gebeten, teilte die israelische Vertretung in Genf auf Nachfrage mit: „Das Büro des Hochkommissars (für Menschenrechte) betreibt eine bössartige Kampagne der Dämonisierung und Desinformation gegen den Staat Israel.“ dpa

UN-Bericht Vorwürfe gegen Israel

Genf. Das UN-Menschenrechtskommissariat hat seine Sorge über mögliche ethnische Säuberungen im Gaza-Streifen und dem Westjordanland durch Israel geäußert. Zunehmende Angriffe und Zwangsumsiedlungen dienten offenbar dem Zweck, die Palästinenser dauerhaft aus den besetzten Gebieten zu vertreiben, erklärte das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Volker Türk, bei der Veröffentlichung eines entsprechenden Berichts. epd

Stichwort

EU Iranische Garden auf Terrorliste

Brüssel. Die EU hat Irans Revolutionsgarden wegen ihres grausamen Vorgehens gegen regierungskritische Proteste als Terrororganisation eingestuft. Mit dem formellen Beschluss setzen die EU-Staaten eine Einigung der EU-Außenminister von Ende Januar um, wie aus einer Mitteilung hervorgeht. Die Einstufung der Revolutionsgarden als Terrorgruppe gilt als ein bedeutendes Symbol, auch wenn sie wegen bereits bestehender Sanktionen kaum praktische Bedeutung haben dürfte. dpa